

# BERLIN

## Die Woche



Informationsschrift der CDU-Bundestagsabgeordneten Ingrid Fischbach (Wahlkreis Herne-Bochum II)

## Liebe Leserinnen und Leser!

Mit der Absenkung der Nettokreditaufnahme um 5,6 Mrd. Euro auf 80,2 Mrd. Euro gegenüber dem Entwurf des Haushalts dokumentiert die christlich-liberale Koalition ihren Willen zur Konsolidierung. Dies ist ein erster wichtiger Schritt auf dem Weg zur Einhaltung der Schuldenbremse bis zum Jahre 2016, die die schrittweise Reduzierung des strukturellen Defizits auf dann 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts vorgibt. Mit Blick auf die noch nicht vollständig bewältigten Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise ist es ebenso von großer Bedeutung, dass den Ausgaben für öffentliche Investitionen eine klare Priorität gegeben wird. Trotz der beachtlichen Kürzung der Ausgaben insgesamt werden die Investitionsausgaben auf ihrem Niveau gehalten, die Mittel für das CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm sogar weiter erhöht. Gerade in einer Situation, in der die Unsicherheit über die weitere Entwicklung der Lage der öffentlichen Haushalte in Europa und in der Eurozone zunimmt, ist es wichtig, dass Deutschland als großes Mitgliedsland bei der Haushaltskonsolidierung mit gutem Beispiel vorangeht und mit seiner Haushaltspolitik als Stabilitätsanker dient.

*Ifc*

*Ingrid Fischbach*

## In dieser Ausgabe

- Volkskammerwahlen vor 20 Jahren: ...S.2
- Runder Tisch Kindesmissbrauch ...S.2
- Anteil der unbefristeten Vollzeitjobs konstant ...S.3
- Deutschland weltspitze bei forschungsintensiven Industrien ...S.4
- Arbeitskosten im 4.Quartal 2009 leicht gesunken ...S.4
- Frauenquote der Telekom begrüßenswert ...S.5
- Parlamentarischer Abend des Bundesverbandes öffentlicher Binnenhäfen ...S.6



## Ingrid Fischbach MdB

Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Tel.: (030) 227-71074  
Fax: (030) 227-76436

ingrid.fischbach@bundestag.de

## Volkskammerwahlen vor 20 Jahren



Am Donnerstag haben wir in einer Feierstunde an den 20. Jahrestag der Volkskammerwahl am 18. März 1990 erinnert. Damals konnten die Menschen in der damaligen DDR erstmals in einer freien, gleichen und geheimen Wahl über die Zusammensetzung ihres Parlaments entscheiden.

Mit 48 Prozent wurde die aus CDU, DSU und Demokratischem Aufbruch bestehende „Allianz für Deutschland“ mit deutlichem Abstand stärkste politische Kraft in der letzten Volkskammer.

Nach über vierzig Jahren linker Diktatur, nach Unterdrückung und sozialistischer Misswirtschaft votierten die Ostdeutschen für Freiheit, Menschenrechte und soziale Marktwirtschaft. Sie stimmten für die Werte des Grundgesetzes. Und sie machten klar, wem sie den politischen Weg zu einem gesamtdeutschen Staat am ehesten zutrauten: Bundeskanzler Helmut Kohl und der Union in Ost und West.

**Ingrid Fischbach:** „Die Volkskammerwahl war eine entscheidende Etappe auf dem Weg zur Deutschen Einheit. Sie war die Krönung der Anstrengungen der ostdeutschen Demokratiebewegung und schuf die Grundlage für die erfolgreiche Zusammenarbeit der Regierung der DDR unter Führung von Lothar de Mazière und der Bundesregierung, die in die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes mündete. Der 18. März 1990 verdient deshalb einen Ehrenplatz unter unseren Gedenktagen.“

## Runder Tisch Kindesmissbrauch

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion unterstützt den Vorschlag von Bundesfamilienministerin Kristina Schröder und Bundesbildungsministerin Annette Schavan zur Einrichtung eines Runden Tisches zur Verhinderung von

Kindesmissbrauch. Statt der geplanten zwei Runden Tische wird es nur einen „großen Runden Tisch“ mit Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger geben, um die Aufarbeitung der Missbrauchsfällen an Schulen zu bündeln.



**Ingrid Fischbach:** „Aufgabe des Runden Tisches muss es sein, die Prävention zu verbessern. Dafür ist ein breiter Dialog nötig, an dem Vertreter aller gesellschaftlich relevanter Akteure teilnehmen.“

Eine Verengung auf eine spezielle Gruppe würde dem Ansinnen, die Zahl der Fälle von Kindesmissbrauch präventiv deutlich zu senken, nicht gerecht werden. Es ist selbstverständlich, dass auch Vertreter des Bundesjustizministeriums zu diesen Gesprächen eingeladen werden, auch wenn juristische Aspekte nicht im Zentrum der Initiative der Bundesfamilienministerin stehen. Denn es geht nicht primär um strafrechtliche und zivilrechtliche Sanktionen, sondern vor allem um zivilgesellschaftliche Prävention und Verhaltensregeln im Umgang mit Kindesmissbrauch.“

## **Anteil der unbefristeten Vollzeitjobs konstant**

Die Quote der unbefristeten Vollzeitbeschäftigungsverhältnisse an der Gesamtzahl der Beschäftigungsverhältnisse ist über die letzten zehn Jahre konstant geblieben. Genau wie vor zehn Jahren haben heute vier von zehn Personen im erwerbsfähigen Alter in Deutschland einen unbefristeten Vollzeitjob. Dagegen hat der Anteil der unbefristeten Teilzeitstellen auf heute zehn Prozent stark zugenommen. Deutliche Zuwächse gab es auch im Bereich der geringfügigen Beschäftigung. Gleichzeitig ist der Anteil der Nichterwerbstätigen zurückgegangen. Das bedeutet, dass per Saldo vor allem diejenigen von der Ausweitung der geringfügigen und Teilzeitbeschäftigungsverhältnisse profitiert



### **Wußten Sie schon,**

..., dass 3,939 Milliarden Tonnen Öl 2008 weltweit verbraucht wurden? Das sind rund 0,4 Prozent weniger als 2007.

haben, die vorher keiner bezahlten Beschäftigung nachgegangen sind.

Dagegen gibt es keine Hinweise auf eine Umwandlung unbefristeter Vollzeitbeschäftigungsverhältnisse in geringfügige oder Teilzeitbeschäftigungsverhältnisse.



## **Deutschland weltspitze bei forschungsintensiven Industrien**

Deutschland gehört weltweit zu den größten Produzenten und Exporteuren forschungsintensiver Güter.

**Ingrid Fischbach:** „Fast 50 Prozent der Gesamtwertschöpfung stammt in Deutschland aus forschungsintensiver Produktion und wissensintensiver Dienstleistungen. Das ist so viel wie in keinem anderen Land.“

1995 hatte der Anteil forschungsintensiver Produktion noch lediglich 42 Prozent betragen. Die starke Fokussierung auf forschungsintensive Güter und Dienstleistungen bildet nach Meinung von Experten die Grundlage dafür, dass Deutschland gestärkt aus der aktuellen Wirtschaftskrise hervorgehen wird.

## **Arbeitskosten im 4. Quartal 2009 leicht gesunken**

Die Arbeitskosten pro Stunde sind im vierten Quartal 2009 im Vergleich zum vorangegangenen Quartal saison- und kalenderbereinigt um 0,4 Prozent gesunken. Damit setzte sich der Trend aus dem dritten Quartal 2009 (– 0,2 Prozent) fort. Der mit Beginn der Wirtschaftskrise im vierten Quartal 2008 (+ 2,3 Prozent) und im ersten Quartal 2009 (+ 1,4 Prozent) festgestellte deutliche Anstieg der Arbeitskosten ist gestoppt.

Auch im Vorjahresvergleich stiegen die kalenderbereinigten Arbeitskosten mit 1,6 Prozent deutlich schwächer an als in den vorangegangenen vier Quartalen, in denen die Wachstumsraten des Arbeitskostenindex zwischen 4,3 Prozent und 5,3 Prozent lagen.



**Ingrid Fischbach:** „Für die Arbeitgeber ist neben den Arbeitskosten auch die Anzahl der von den Arbeitnehmern geleisteten Arbeitsstunden bedeutend. Mit Beginn der Wirtschaftskrise blieb das Volumen der Arbeitskosten nahezu unverändert, durch den Abbau von Überstunden auf Arbeitszeitkonten sowie verstärkte Kurzarbeit arbeiteten und produzierten die Arbeitnehmer aber weniger. Dies verteuerte aus Sicht des Arbeitgebers den Produktionsfaktor Arbeit.“

Im Jahr 2009 stiegen die Arbeitskosten je geleisteter Stunde im Vergleich zum Vorjahr um 4,1 Prozent an. Dies war der stärkste Anstieg seit Beginn der Zeitreihe im Jahr 1996.

## Frauenquote der Telekom begrüßenswert

**Ingrid Fischbach:** „Der Vorstoß der Deutschen Telekom als erstes Dax-30-Unternehmen freiwillig eine Frauenquote einzuführen, ist sehr zu begrüßen und wird hoffentlich für viele Unternehmen als Vorbildfunktion dienen. Die Telekom will bis zum Jahr 2015 weltweit die oberen und mittleren Führungspositionen im Unternehmen mit 30% Frauen besetzen.“

Frauen sind in der Regel seltener in Führungsetagen anzufinden als Männer, obwohl sie über die besseren Bildungsabschlüsse verfügen. Gerade in den Dax-Unternehmen kommen Frauen in den Führungsebenen nicht vor: gerade mal eine hat es geschafft. Durch ihr Handeln zeigt die Deutsche Telekom nun, dass Unternehmen auf qualifizierte Arbeitnehmerinnen in Führungsetagen nicht mehr verzichten



### Spruch der Woche

*"Das Verhältnis zu den Ministern, aber auch zu den Fraktionen ist viel, viel besser als der Ruf." "*

**Angela Merkel**  
Bundeskanzlerin

können und wollen. Nicht nur mit Blick auf die demographische Entwicklung ginge ihnen ansonsten ein großes Potential verloren. Daher ist die freiwillige Einführung ein nachahmenswertes Beispiel, dem schnell viele weitere Dax-Unternehmen folgen sollten.“



## **Parlamentarischer Abend des Bundesverbandes öffentlicher Binnenhäfen**

Anlässlich des Parlamentarischen Abends des Bundesverbandes Öffentlicher Binnenhäfen informierte sich die Bundestagsabgeordnete Ingrid Fischbach zusammen mit dem Geschäftsführer der Wanne-Herner Eisenbahn und Hafen GmbH, Herrn Karl-Heinz Adams, über die Zukunft der Branche. Thema des Abends war die wirtschaftliche Entwicklung in der kommenden Legislaturperiode. Die Bedeutung der Häfen- und Bahnanlagen für künftige logistische Herausforderungen wurde auf der Veranstaltung besonders betont.

**Ingrid Fischbach:** „Wir müssen es schaffen, dass die Binnenhäfen als Verkehrsträger mehr in die öffentliche Wahrnehmung gerückt werden. Sowohl aus ökonomischer als auch aus ökologischer Sicht gibt es Vorteile im Vergleich zu den Mitbewerbern, diese müssen wir noch besser nutzen. Der Standort Herne profitiert von der geplanten stärkeren Nutzung des vorhandenen Kanalsystems. In dieser Legislaturperiode wollen wir zudem die rechtlichen Voraussetzungen für eine gleichberechtigte Finanzierung der nichtbundeseigenen Eisenbahninfrastruktur schaffen. Die schwarz gelbe Bundesregierung hat den Vorschlag der nichtbundeseigenen Eisenbahnen aufgegriffen und schafft damit eine solide Finanzierungsgrundlage für die Branche. Ich blicke daher optimistisch in die Zukunft.“



### **... das Allerletzte!**

Die französische Finanzministerin Christine Lagarde erhebt den Vorwurf, die deutsche Wirtschaft sei in den vergangenen Jahren auf Kosten der EU-Länder gewachsen.

Allein steht Paris mit der Kritik nicht: Mehrere wirtschaftlich schwache EU-Staaten verlangen, dass Deutschland Reformen zurückdreht, um ihre Marktchancen zu verbessern.